



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

29. Mai 1985

938

Ausgeteilt

Internationale Konferenz über die technologische Erneuerung
und die Schaffung von Arbeitsplätzen
Venedig, 10.-11. April 1985

Aufgrund des Antrags des EVD vom **- 7. Mai 1985**
Venedig, 10. - 11. April 1985.

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens, wird

Bericht der Delegation der Schweiz beschlossen

Vom Bericht der Delegation der Schweiz über die Internationale
Konferenz über die technologische Erneuerung und die Schaffung
von Arbeitsplätzen wird Kenntnis genommen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Protokollauszug an:

ohne / mit Beilage

N. z. K.	Dep.	Anz.	Akten
X	EDA	6	-
X	EDI	6	-
	EJPD		
	EMD		
X	EFD	7	-
	EVD	12	-
	EVED		
	BK		
X	EFK	2	-
X	Fin. Del.	2	-





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

250.3

Bern, den 7. Mai 1985

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Internationale Konferenz über die technologische Erneuerung
 und die Schaffung von Arbeitsplätzen
 Venedig, 10. - 11. April 1985

Bericht der Delegation der Schweiz

I

Die durch die italienische Regierung einberufene Konferenz spielte sich auf einem hohen politischen und sachlichen Niveau ab. Die vollzählig vertretenen OECD-Staaten entsandten hochrangige Delegationen, und die Konferenzbeiträge waren dem ernstesten Thema angemessen. Der Haupteindruck, den die eineinhalbtägige Debatte hinterliess, war derjenige der allgemein vorherrschenden, festen Ueberzeugung, dass die neuen Technologien allen Ländern entscheidende Impulse zu bringen in der Lage sein werden. Diese Impulse sind eine Voraussetzung für die Ueberwindung der nach wie vor grossen Beschäftigungsprobleme. Die Technologiefreundlichkeit hatte in dieser Konferenz keine Chance. Andererseits wurde allgemein anerkannt, dass die politische Bereitschaft, die erheblichen Kosten des Strukturwandels zu tragen, davon abhängig ist, wie gut es den Ländern gelingt, diejenigen Gruppen der Bevölkerung, die zu den Verlierern zählen, zu unterstützen. Unmittelbar ist ihnen sozial zu helfen und

mittelbar ist ihnen die berufliche Neuorientierung und die Rückführung in qualitativ ansprechende Tätigkeiten zu ermöglichen. Hier lagen denn auch die wesentlichen arbeitsmarktpolitischen Aussagen: Die praxisorientierte Berufsbildung (Grundausbildung, Weiterbildung und Umschulung) auf den verschiedensten Stufen wurde allgemein als zentraler Ansatzpunkt zur Bewältigung der zahlreichen Probleme des wirtschaftlichen und technischen Wandels bezeichnet. Ein weiteres Anliegen, das immer wieder hervorgehoben worden ist, besteht in der verbesserten Information der Erwerbstätigen über die Chancen, die die neuen Technologien zur Erhöhung der Lebensqualität aller bieten. Im Interesse der gesteigerten Harmonie zwischen den Sozialpartnern wurden auch verschiedentlich die günstigen Wirkungen betont, die einer verbesserten Mitwirkung der Arbeitnehmer im technischen Wandel auf Betriebsebene zukommt.

Im Unterschied zu früheren Konferenzen anderer Gremien fiel im übrigen wohltuend auf, dass neben den Arbeitsmarktproblemen von vorneherein auch die langfristigen Vorzüge einer intensiven Forschung und Entwicklung hervorgehoben wurden. Sehr deutlich wurde auch die Forderung erhoben, die private Investitionstätigkeit zu begünstigen. Ein angemessenes Wirtschaftswachstum und Preisstabilität erscheinen allgemein als Grundvoraussetzung für hohe Beschäftigung in Zeiten raschen technologischen Wandels. Die Gefahren, die der wirtschaftlichen Gesundung durch die Einschränkung des internationalen Tausches von Gütern und Dienstleistungen sowie des internationalen Technologietransfers drohen, wurden ebenfalls klar anerkannt. Defensive politische Strategien wurden verworfen.

II

Spezielle Aufmerksamkeit fand der Beitrag des US-Secretary of Commerce Baldrige. Seine Analyse der Unterschiede in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in den USA einerseits und in Westeuropa andererseits war klar formuliert und in der Sache zutreffend. Starre Arbeitsmärkte und Strukturerehaltungen sind der Beschäftigung und der Lebensqualität abträglich. Allerdings ist anzunehmen, dass in Westeuropa andere Massstäbe gelten. Im Interesse der sozialen Stabilität und mit Rücksicht auf die Traditionen in den hiesigen Ländern kann der amerikanische Weg nicht einfach kopiert werden. Viele konkrete Beispiele aus europäischen Staaten zeigten, dass die Regierungen und die Sozialpartner die Forderung nach einer verstärkten und vorwärtsgerichteten Anpassung anerkannt haben. Immer wieder wurde aber bestätigt, dass es nicht genügt, von den Erwerbstätigen und von den Unternehmern, Flexibilität und Kreativität zu fordern. Den Regierungen stellt sich die Aufgabe, jene wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen zu schaffen, auf deren Grundlage unternehmerisches Handeln Früchte tragen kann.

III

Neben zahlreichen praktischen und nützlichen Vorschlägen auf den Gebieten der Arbeitsmarktpolitik, der Bildungspolitik, der Forschungs- und der Handelspolitik wurden drei Ideen speziell lanciert.

(a) "Marshall-Plan" auf europäischer Ebene

Der italienische Arbeits- und Sozialminister de Michelis schlug vor, ein durch die europäischen Länder finanziertes umfassendes Programm zur Integration Erwerbsloser in

den Arbeitsprozess zu entwickeln. Im Vordergrund stehen Investitionsvorhaben (Modernisierung der Infrastruktur, Umweltschutz und Kulturgüterschutz) und Vorhaben im Bildungs-, Forschungs- und Technologiebereich.

(b) Dreigliedrige Erklärung über die sozialen Aspekte der Einführung neuer Technologien

Dieser Vorschlag stammt vom niederländischen Minister für soziale Fragen und für die Beschäftigung de Koning. Das Ziel besteht in einer Förderung des internationalen Konsens der Sozialpartner und der Regierungen, ohne welchen praktische Vorschläge immer wieder scheitern. Als Plattform wurden die EG genannt. Andere Organisationen wurden aber nicht ausgeschlossen.

(c) Think Tank

Der finnische Handelsminister Laine möchte zehn bis zwölf "Weise" zusammenrufen, deren Aufgabe darin bestünde, eine konsensfähige Analyse der sozialen und politischen Konsequenzen des wirtschaftlichen und sozialen Wandels zu erstellen. Bei den "Weisen" denkt er an "elderly statesmen" in Europa. Auch dieser Vorschlag ist auf die Förderung des Konsens ausgerichtet.

Da an dieser Konferenz keine eigentlichen Diskussionen stattgefunden haben und auch keine Schlusserklärung verabschiedet worden ist, ist es schwer abzuschätzen, welche Resonanz diese Vorschläge gefunden haben.

IV

Abschliessend ist hervorzuheben, dass die durch die schweizerische Delegation vertretene Position (vgl. Beilage) auf grosses Interesse stiess. Die Schweiz befand sich sowohl mit ihrer Diagnose als auch mit ihren konkreten Vorschlägen zur Ueberwindung der durch den wirtschaftlichen und technischen Wandel hervorgebrachten Probleme in guter Gesellschaft. Die schweizerischen Schwerpunkte der international offenen Märkte, der Priorität marktwirtschaftlicher Kräfte als wirtschaftlicher Steuerungsmechanismus, des starken privatwirtschaftlichen Engagements in Forschung und Entwicklung, der Förderung der unternehmerischen Bereitschaft zur Uebernahme wirtschaftlicher Risiken, der praxisorientierten Bildungspolitik, der Sozialpartnerschaft, der sozialen Solidarität sowie der internationalen Zusammenarbeit, nicht zuletzt auch auf dem Gebiet der Grundlagenforschung, fanden an dieser Konferenz eine allgemeine Bestätigung.

Auf internationaler Ebene wird es sich jetzt darum handeln, der optimistischen Lagebeurteilung und dem Vertrauen in die Lösbarkeit der sich stellenden wirtschaftlichen, technischen, sozialen und politischen Probleme konkrete Taten folgen zu lassen.

- 6 -

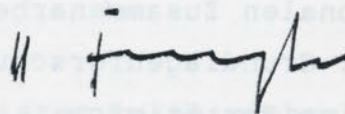
V

Wir unterbreiten Ihnen den

A n t r a g,

diesen Bericht der schweizerischen Delegation zur Kenntnis zu nehmen.

EIDGENOESSISCHES
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Keine Pressemitteilung

Beilage:

- Positionspapier Venedig

Protokollauszug an:

- EVD 12 (GS 4, BAWI 2, BIGA 4, BFK 2)
- EDA 4 (GS 2, PD 2)
- EDI 6 (GS 2, BBW 2, ETH 2)
- EFD 6 (GS 2, EFV 2, EPA 2)

Venedig, 10. April 1985

INTERNATIONALE KONFERENZ UEBER DIE TECHNOLOGISCHE
ERNEUERUNG UND DIE SCHAFFUNG VON ARBEITSPLAETZEN
VOM 10./11. APRIL 1985 IN VENEDIG

POSITIONSPAPIER DER SCHWEIZ

INTERNATIONALE KONFERENZ UEBER DIE TECHNOLOGISCHE
ERNEUERUNG UND DIE SCHAFFUNG VON ARBEITSPLAETZEN

Die schweizerische Regierung begrüsst die Möglichkeit, im Rahmen dieser Venedig, 10. - 11. APRIL 1985 die technologische Erneuerung und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einzelnen, besonders wichtig erscheinenden Problembereichen Stellung zu beziehen.

Die Schweiz ist ein kleines, rohstoffarmes und gleichzeitig dichtbesiedeltes Land. Die rasche technologische Erneuerung war seit jeher eine der Hauptquellen für die Überlebenskraft ihrer Wirtschaft. Die Schweiz ist eng mit der Weltwirtschaft verflochten. Es kann daher nicht erstaunen, dass sie als erstes ihre Stimme zugunsten eines möglichst freien, internationalen Tausches von Gütern und Dienstleistungen erhebt. Die Prosperität der Schweiz ist längerfristig nur solange aufrechtzuerhalten und zu steigern, als die Märkte offen sind. Der Konkurrenzdruck des freien Marktes ist der leistungsfähigste Motor und gleichzeitig der erfolgreichste Steuerungsmechanismus für die Anpassung der Wirtschaft. Die weltweite Expansion nach dem 2. Weltkrieg ist dafür ein eindrücklicher Beleg, der auch durch die Erfahrungen des Jahrzehnts nach 1973 nicht entwertet wird. Die jüngste Entwicklung zeigt gerade im Bereich der Technik genügend Beispiele für die Dynamik, die von der Leistungskraft des Wettbewerbs ausgeht.

Venedig, 10. April 1985

INTERNATIONALE KONFERENZ UEBER DIE TECHNOLOGISCHE
ERNEUERUNG UND DIE SCHAFFUNG VON ARBEITSPLAETZEN
VOM 10./11. APRIL 1985 IN VENEDIG

POSITIONSPAPIER DER SCHWEIZ

Die schweizerische Regierung begrüsst die Möglichkeit, im Rahmen dieser internationalen Konferenz über die technologische Erneuerung und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einzelnen, besonders wichtig erscheinenden Problemkreisen Stellung zu beziehen.

Die Schweiz ist ein kleines, rohstoffarmes und gleichzeitig dichtbesiedeltes Land. Die rasche technologische Erneuerung war seit jeher eine der Hauptquellen für die Ueberlebenskraft ihrer Wirtschaft. Die Schweiz ist eng mit der Weltwirtschaft verflochten. Es kann daher nicht erstaunen, dass sie als erstes ihre Stimme zugunsten eines möglichst freien, internationalen Tausches von Gütern und Dienstleistungen erhebt. Die Prosperität der am Welthandel beteiligten Länder ist längerfristig nur solange aufrechtzuerhalten und zu steigern, als die Märkte offen sind. Der Konkurrenzdruck des freien Marktes ist der leistungsfähigste Motor und gleichzeitig der erfolgreichste Steuerungsmechanismus für die Anpassung der Wirtschaft. Die weltweite Expansion nach dem 2. Weltkrieg ist dafür ein eindrücklicher Beleg, der auch durch die Erfahrungen des Jahrzehnts nach 1973 nicht entwertet wird. Die jüngste Entwicklung zeigt gerade im Bereich der Technik genügend Beispiele für die Dynamik, die von der Leistungskraft des Wettbewerbs ausgeht.

Im Hintergrundpapier zu dieser Konferenz wird die Frage nach den Wirkungen des technischen Wandels auf die Beschäftigung aufgeworfen. Die zahlreichen, zum Teil auch schweizerischen Untersuchungen zu diesem wichtigen Thema, das bereits im Rahmen der OECD und der ILO eingehend diskutiert worden ist, kommen alle zu einer wesentlichen Schlussfolgerung: Während die Einführung neuer Produktionsverfahren und neuer Produkte und Dienstleistungen die Arbeitslosigkeit bisher nie anhaltend ausgeweitet haben, führen innovatorische Rückstände mit Sicherheit zu Arbeitsplatzverlusten. Solche strukturellen Mängel wirken sich besonders gravierend aus, wenn die Faktormärkte schlecht funktionieren. Dann versagt die Lenkungsfunction der Preise für einen wirtschaftlichen Einsatz der Produktionsfaktoren, es fehlen aber auch die Anreize für marktorientierte unternehmerische Initiativen und für die Mobilität der Arbeitnehmer. Hier liegt eine bedeutende gemeinsame Aufgabe der Wirtschaft, der Wirtschaftspolitik und der Sozialpartner, die aufgefordert sind, in ihrer Politik und in ihren Massnahmen im internationalen und nationalen Rahmen die Voraussetzungen für eine erfolgsversprechende Anpassungsfähigkeit und für die Leistungsbereitschaft der Menschen schaffen.

Die technologische Entwicklung hat darüber hinaus unmittelbare Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräftenachfrage. Im Hintergrundpapier zur Konferenz wird deshalb auch nach unserer Auffassung zu Recht auf die grosse Bedeutung der Entwicklung und Anpassung des Humankapitals hingewiesen. Die aktuelle wirtschaftliche und technische Entwicklung lässt einmal mehr deutlich hervortreten, wie die schulische Bildung, die berufliche Grundausbildung, die berufliche Fortbildung und die Umschulung aufeinander aufbauen müssen. Kein Absolvent einer Schule oder einer Berufs-

ausbildung hat im Moment seines Abschlusses ausgelernt. Doch von der Qualität der Basisbildung hängt es ab, wie gut er in der Lage sein wird, durch Fortbildung und Umschulung im Verlaufe seines Lebens das neu von ihm geforderte Wissen und Können aufzunehmen.

Die Schweiz bevorzugt eine wirtschaftsnahe Ausbildung besonders auf der Stufe der Berufsbildung in den Betrieben. Nicht nur sind die Beschäftigungschancen der Jugendlichen nach der abgeschlossenen Berufslehre gross. Auch die rasche Umsetzung des in der Praxis verwirklichten technischen Fortschritts in die Ausbildung wird dadurch gefördert. In der Schweiz werden intensive Anstrengungen unternommen, die Vorzüge der betriebsnahen Berufsausbildung den Anforderungen des wirtschaftlichen und technischen Wandels gemäss weiter auszubauen.

Gerade auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung wäre nach schweizerischer Auffassung durch internationale Zusammenarbeit noch viel zu gewinnen. Eine verstärkte internationale Anerkennung von Berufsausweisen auf allen Stufen würde nicht nur die internationale Mobilität der qualifizierten Arbeitskräfte erleichtern, sondern käme auch dem grenzüberschreitenden Transfer von "know-how" und "know-why" zugute. Eine vermehrte internationale Zusammenarbeit ist trotz teilweise unvermeidlicher Unterschiede in den Lehrprogrammen zweckmässig. Gegenüber heute sollte das Studieren im Ausland erleichtert werden. Gemeinsame Programme zur Weiterbildung von Dozenten an Universitäten, Höheren Technischen Lehranstalten, vielleicht sogar an Gewerbeschulen könnten sinnvoll sein. Durch internationale Zusammenarbeit liessen sich auch der Nachdiplomausbildung im Sinne der Spitzenausbildung neue Impulse geben.

Nach schweizerischer Auffassung würde es sich lohnen, diesem Problemkreis wachsende Aufmerksamkeit zu schenken. Es erscheint als sinnvoll, im Zeitalter der verstärkten Internationalisierung von Wirtschaft und Technik die Ausbildung und Fortbildung zu einem wichtigen Anliegen der internationalen Zusammenarbeit zu erheben.

Der technische Fortschritt lässt sich durch internationale Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten fördern. Im Hintergrundpapier zur Konferenz wird dies klar erkannt. Aus schweizerischer Sicht ergeben sich zunächst zwei Notwendigkeiten: Im Bereich der Grundlagenforschung muss ein freier Informationsaustausch weiterhin möglich bleiben. Die bewährten Prinzipien der Nichtdiskriminierung und der Meistbegünstigung sollten wenn immer möglich auch für den Austausch von Basiswissen gelten. Im Bereiche der Entwicklung von Verfahren und Produkten kommt demgegenüber dem gewerblichen Rechtsschutz (Patente, Lizenzen, Marken etc.) nach wie vor eine grosse Bedeutung zu, will man nicht eine Abnahme der innovatorischen Aktivität in Kauf nehmen.

Besonders die kleineren Länder mit verhältnismässig geringen Ressourcen werden im Bereich von Forschung und Entwicklung mehr und mehr zur Spezialisierung gezwungen, wenn sie Spitzenleistungen erbringen wollen. Auf den übrigen Gebieten hängt die Konkurrenzfähigkeit dieser Länder davon ab, ob es ihnen gelingt, die im Ausland entwickelten, jeweils besten Technologien in die selbst hervorgebrachten neuen Produkte und eingesetzten Herstellungsprozesse zu integrieren. Die lebenswichtige Bedeutung eines von ausserwirtschaftlichen Beschränkungen freien internationalen Tausches von neuen Technologien in Form von Produktionsmitteln und "Software" muss aus schweizerischer Sicht mit Nachdruck hervorgehoben werden.

Die Schweiz wendet jährlich rund 2,5 % ihres Bruttonationalproduktes für Forschung und Entwicklung auf. Sie gehört damit international zur Spitzengruppe. Zu drei Vierteln werden diese Aufwendungen in der Schweiz von der Privatwirtschaft getragen. Dies ist nicht überall so. Die Schweiz beobachtet mit nicht geringer Sorge, wie hoch der Beitrag des Staates zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung in anderen Ländern teilweise geworden ist. Die Problematik der staatlichen Finanzierung von Forschung und Entwicklung wächst, je industrienahe die Förderungsprogramme sind. Durch eine industriepolitisch motivierte Forschungs- und Entwicklungspolitik werden Wettbewerbsverzerrungen ausgelöst, welche nicht nur andere Länder in einen Zugzwang versetzen, sondern mittel- und längerfristig in allen Ländern volkswirtschaftlichen Schaden stiften. Schliesslich ist daran zu erinnern, dass die bestehenden Bestimmungen und Vereinbarungen im Rahmen von GATT und OECD, welche die Eindämmung derartiger Wettbewerbsverfälschungen anvisieren, eingehalten werden müssen.

Die Schweiz ist im übrigen der Auffassung, dass sich speziell auf dem Gebiet der Grundlagenforschung grosse Chancen für eine internationale Zusammenarbeit ergeben. Sie erachtet es als sinnvoll, dass auf Regierungsebene eine Uebersicht über die aktuellen Vorhaben und Bedürfnisse geschaffen und Prioritäten vereinbart werden. Alle Wünsche der Wissenschaft für neue Gemeinschaftsunternehmen können in nächster Zeit kaum erfüllt werden. Die aktive Einschaltung spezieller Institutionen wie etwa der European Science Foundation könnte dafür ein geeigneter europäischer Ansatzpunkt sein. Allgemein ist festzuhalten, dass internationale Forschungsprogramme allen interessierten Staaten, die etwas beizutragen haben, offengehalten werden müssen.

Aus schweizerischer Sicht lässt sich auch auf die nützliche Rolle hinweisen, welche die OECD (Comité de la politique scientifique et technologique, Comité de l'éducation, CERI) und der Europarat (Comité pour la coopération culturelle und Conférence régulière sur les problèmes universitaires) bei der Förderung des Gedankenaustausches und der internationalen Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Technik spielen. Diese Organisationen lassen sich beiziehen, wenn es darum geht, die an dieser Konferenz erörterten Anliegen weiterzuverfolgen.

Abschliessend ist auch aus schweizerischer Sicht auf die zentrale Bedeutung der Beschränkung der sozialen Kosten der Innovation - der letzte noch zu betrachtende Punkt des Hintergrundpapiers für diese Konferenz - hinzuweisen. Die soziale Absicherung des wirtschaftlichen und technischen Wandels ist eine Kernidee der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der in jüngster Zeit erfolgte starke Ausbau der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsmarktpolitik allgemein und der Regionalpolitik legt dafür Zeugnis ab. Es geht darum, jene Sicherheit zu vermitteln, die den Bürger veranlasst, den Strukturwandel zu bejahen. Dabei wird in der Schweiz aber gleichzeitig auch viel Gewicht auf die Erhaltung der individuellen Leistungsanreize gelegt.

Ein Arbeitsmarkt, der funktionsfähig ist, in welchem also Angebot und Nachfrage auf die Veränderungen in Wirtschaft, Technik und Demographie flexibel reagieren, verspricht nach schweizerischer Auffassung am ehesten dauerhafte und sozial akzeptable Resultate.

Das arbeitsmarktliche Geschehen wird in der Schweiz durch die Sozialpartner, das heisst durch die Arbeitgeber und

Arbeitnehmer weitgehend autonom gestaltet. Sie haben es in der Hand, im Rahmen der durch sie während vieler Jahre fortentwickelten Sozialpartnerschaft jene Lösungen zu finden, die sowohl wirtschaftlich verkraftbar als auch sozial erwünscht erscheinen. Dass gerade die Gewerkschaften die neuen Entwicklungen der Technik als Chance begreifen, berechtigt zur Hoffnung dass es der Schweiz gelingen wird, die auch für sie grossen Herausforderungen unserer Zeit als Teil der internationalen Gemeinschaft erfolgreich zu bestehen.

CONFERENCE INTERNATIONALE SUR L'INNOVATION TECHNOLOGIQUE
ET LA CREATION D'EMPLOIS

VENISE. 10 - 11 AVRIL 1985

POSITION DE LA SUISSE

Venise, le 10 avril 1985

CONFERENCE INTERNATIONALE SUR L'INNOVATION
TECHNOLOGIQUE ET LA CREATION D'EMPLOIS.
LES 10 ET 11 AVRIL 1985 A VENISE

CONFERENCE INTERNATIONALE SUR L'INNOVATION TECHNOLOGIQUE
ET LA CREATION D'EMPLOIS

VENISE, 10 - 11 AVRIL 1985

Le gouvernement suisse se félicite de la possibilité qui lui est offerte, dans le cadre de cette conférence internationale sur l'innovation technologique et la création d'emploi, de prendre position sur certains problèmes qui lui paraissent très importants.

La Suisse est un petit pays, pauvre en matières premières et en même temps très peuplé. La rapide innovation technologique a depuis toujours été l'une des sources principales de la vitalité de ce pays. La Suisse est étroitement liée à l'économie mondiale. Il n'est dès lors pas étonnant qu'elle propose d'emblée un échange international de biens et de services qui soit le plus libre possible. A plus long terme, il ne sera possible de maintenir et d'accroître la prospérité des pays qui participent au commerce mondial que dans la mesure où les marchés resteront ouverts. Le jeu de la concurrence sur le marché libre est le moteur le plus performant et, du

POSITION DE LA SUISSE

Venise, le 10 avril 1985

CONFERENCE INTERNATIONALE SUR L'INNOVATION
TECHNOLOGIQUE ET LA CREATION D'EMPLOIS,
LES 10 ET 11 AVRIL 1985 A VENISE

POSITION DE LA SUISSE

Le gouvernement suisse se félicite de la possibilité qui lui est offerte, dans le cadre de cette conférence internationale sur l'innovation technologique et la création d'emplois, de prendre position sur certains problèmes qui lui paraissent très importants.

La Suisse est un petit pays, pauvre en matières premières et en même temps très peuplé. La rapide innovation technologique a depuis toujours été l'une des sources principales de la vitalité de son économie. La Suisse est étroitement liée à l'économie mondiale. Il n'est dès lors pas étonnant qu'elle propose d'emblée un échange international de biens et de services qui soit le plus libre possible. A plus long terme, il ne sera possible de maintenir et d'accroître la prospérité des pays qui participent au commerce mondial que dans la mesure où les marchés resteront ouverts. Le jeu de la concurrence sur le marché libre est le moteur le plus performant et, du

même coup, le mécanisme de régulation le plus efficace pour l'adaptation de l'économie aux nouvelles technologies. L'expansion générale à partir de la Seconde Guerre mondiale en est la preuve incontestable et même les expériences faites après 1973 ne le démentent pas. Dans le domaine de la technique précisément, l'évolution récente montre suffisamment d'exemples de la dynamique qui découle de l'efficacité de la concurrence.

Dans le document de base de cette conférence, on soulève la question suivante : quels sont les effets des mutations techniques sur l'emploi ? Les nombreuses recherches et analyses, en Suisse comme ailleurs, sur ce sujet important qui a déjà été débattu de manière approfondie dans le cadre de l'OCDE et de l'OIT, aboutissent toutes à une conclusion essentielle : l'introduction de nouveaux procédés de production et de nouveaux produits et services n'a, jusqu'à présent, jamais accru le chômage de manière continue, tandis que les retards dans l'innovation entraînent avec certitude des pertes d'emplois. De telles lacunes structurelles ont des conséquences particulièrement graves lorsque les marchés des facteurs de production fonctionnent mal. En effet, non seulement la fonction régulatrice que doivent remplir les prix pour une utilisation économique des facteurs de production est alors défaillante, mais font encore défaut les impulsions qui suscitent des initiatives de la part des entreprises sur le plan de l'économie de marché et qui accroissent la mobilité des travailleurs. C'est là que se situe une importante tâche commune de l'économie, de la politique économique et des partenaires sociaux, qui sont appelés dans la poursuite de leur politique et des mesures qu'ils prennent tant sur le plan national qu'international à

créer les conditions dont dépendent une capacité d'adaptation prometteuse de succès et la disponibilité des individus à fournir des prestations.

De surcroît, l'évolution technologique a des effets directs sur la structure de qualification de la demande de main-d'oeuvre. Le document de base de cette conférence relève, à juste titre, la grande importance que revêtent le développement et l'adaptation du capital humain. A l'heure actuelle, l'évolution économique et technique met une fois de plus en évidence combien doivent se compléter la formation scolaire, la formation professionnelle de base, le perfectionnement professionnel et la reconversion. Aucun individu parmi ceux qui terminent une école ou achèvent une formation professionnelle n'a fini d'apprendre à ce moment-là. Toutefois, c'est de la qualité de la formation de base que dépend son aptitude à acquérir, par le perfectionnement et la reconversion, de nouvelles connaissances professionnelles qu'on exigera de lui tout au long de sa vie active.

La Suisse met l'accent sur une formation proche des réalités de l'économie, notamment lorsqu'il s'agit de la formation professionnelle au sein de l'entreprise. Les jeunes ont ainsi non seulement de grandes chances de trouver un emploi au terme de leur formation, mais les rapides mutations du progrès technique qui se concrétisent dans la pratique se répercutent favorablement sur la formation. En Suisse, des efforts considérables sont entrepris afin de poursuivre et de développer encore les avantages de la formation professionnelle au sein de l'entreprise en l'adaptant aux exigences des changements économiques et techniques.

Dans l'optique de la Suisse, c'est précisément en matière de formation et de perfectionnement professionnels qu'une coopération internationale pourrait s'avérer fructueuse. Une reconnaissance générale plus large des diplômes professionnels à tous les niveaux faciliterait non seulement la mobilité internationale de la main-d'oeuvre qualifiée, mais encore favoriserait le transfert transfrontalier de "know-how" et de "know-why". Une coopération internationale accrue est souhaitable, bien qu'il existe des différences en partie inévitables dans les programmes d'enseignement. Contrairement à ce qui se passe aujourd'hui, il conviendrait de faciliter et de promouvoir les études à l'étranger. Il serait judicieux de mettre sur pied des programmes communs pour le perfectionnement professionnel de professeurs d'universités, d'écoles techniques supérieures, voire d'écoles des arts et métiers. Une coopération internationale accrue permettrait également de donner de nouvelles impulsions à la formation post-grade dans le sens d'une formation de pointe.

La Suisse est d'avis qu'il importerait d'accorder une attention plus soutenue à ce genre de questions. A l'époque de l'internationalisation croissante de l'économie et de la technique, il paraît opportun de faire de la formation et du perfectionnement professionnels l'un des objectifs les plus importants de la coopération internationale.

Le développement du progrès technique ouvre également la voie à la coopération internationale dans d'autres domaines. Cela ressort clairement du document de base soumis à cette conférence. Du point de vue suisse, deux impératifs se dégagent avant tout : premièrement, un libre échange d'informations doit rester possible à l'avenir dans le

domaine de la recherche fondamentale. Les principes qui se sont avérés efficaces en matière de non-discrimination et de régime préférentiel doivent continuer à prévaloir dans le domaine des échanges des connaissances de base. Secondement, il importe en revanche de continuer à attacher une grande importance à la protection juridique de la propriété intellectuelle (brevets, licences, marques, etc.) dans le domaine du développement de procédés et de produits, si l'on veut éviter tout fléchissement des activités innovatrices.

Les petits pays en particulier, avec des ressources relativement limitées, sont contraints à se spécialiser de plus en plus dans le domaine de la recherche et du développement s'ils veulent être en mesure de fournir des prestations de pointe. Dans les autres domaines, la compétitivité de ces pays dépend de leur réussite dans l'intégration des meilleures technologies étrangères dans les processus de fabrication et dans leurs produits. Dans l'optique suisse, il importe d'insister sur l'importance vitale d'un libre échange international, sans restrictions d'ordre non économique, dans le domaine des technologies nouvelles sous forme de moyens de production et de logiciels.

La Suisse consacre annuellement quelque 2,5 % de son produit national brut pour la recherche et le développement. Sur le plan international, elle fait donc partie du peloton de tête. Les trois quarts de ces dépenses sont prises en charge par l'économie privée. Il n'en va pas partout de même. A cet égard, la Suisse observe non sans grandes préoccupations combien les contributions des pouvoirs publics se sont accrues dans d'autres pays lorsqu'il s'agit

de financer la recherche et le développement. Plus les programmes d'encouragement sont axés sur l'industrie, plus la problématique du financement de la recherche et du développement par l'Etat devient importante. Une politique en matière de recherche et de développement qui a ses motivations dans une politique industrielle engendre des distorsions de concurrence qui non seulement placent les autres pays dans une situation de contrainte, mais encore causent, à moyen et long termes, des dommages à l'économie nationale de tous les pays. Enfin, il convient de rappeler qu'il importe de respecter les dispositions et arrangements en vigueur au sein du GATT et de l'OCDE et qui visent à empêcher les distorsions de concurrence.

La Suisse estime qu'il existe de grandes chances de développer une coopération internationale notamment dans le domaine de la recherche fondamentale. Elle considère qu'il serait judicieux d'établir, sur le plan gouvernemental, une vue d'ensemble des projets et des besoins actuels et de fixer des priorités. Il ne sera guère possible, dans un proche avenir, de combler tous les vœux de la science quant à la réalisation de nouveaux projets communs. Dès lors, la participation active d'institutions spéciales telles que l'"European Science Foundation" pourrait constituer un point de départ approprié sur le plan européen. D'une manière générale, il y a lieu de relever que les programmes internationaux en matière de recherche devraient rester ouverts à tous les Etats intéressés qui souhaitent y participer.

Du point de vue suisse, il sied également de souligner le rôle utile que jouent l'OCDE (Comité de la politique scientifique et technologique, Comité de l'éducation, CE-

RI) et le Conseil de l'Europe (Comité pour la coopération culturelle et Conférence régulière sur les problèmes universitaires) aux fins de promouvoir les échanges d'idées et la coopération internationale dans la formation, la science et la technique. Il conviendra de faire appel à ces organisations lorsqu'il s'agira de donner une suite aux conclusions de cette conférence.

Dans l'optique de la Suisse, il importe enfin de souligner l'importance majeure que revêt la limitation des coûts sociaux de l'innovation - le dernier point à prendre encore en considération dans le document de base de cette conférence. La protection sociale lors des mutations économiques et techniques est un élément central de la politique économique et sociale de la Suisse. L'aménagement important et récent de l'assurance-chômage, de la politique du marché de l'emploi en général et de la politique régionale en sont le témoignage. Par de telles mesures, il s'agit de garantir une sécurité qui incite le citoyen à souscrire aux mutations structurelles. Dans ce contexte, il importe cependant de souligner qu'en Suisse, le maintien de l'initiative individuelle revêt également une grande importance.

Un marché de l'emploi capable de fonctionner, dans lequel l'offre et la demande réagissent par conséquent avec souplesse aux mutations économiques, techniques et démographiques permet, dans l'optique de la Suisse, d'escompter des résultats durables et socialement acceptables.

En Suisse, les partenaires sociaux, c'est-à-dire les employeurs et les travailleurs, jouissent d'une autonomie qui détermine dans une large mesure l'évolution du marché

de l'emploi. Ils sont donc placés dans une situation qui leur permet de trouver, dans le cadre de liens qui se sont développés entre partenaires durant de nombreuses années, des solutions qui paraissent bonnes tant sur le plan économique que social. Le fait que précisément les syndicats considèrent les nouveaux développements de la technique comme une chance à saisir permet d'espérer que la Suisse parviendra, comme les autres membres de la communauté internationale, à relever victorieusement les grands défis de notre époque.

* * * * *

Venezia, 10 aprile 1985

CONFERENZA INTERNAZIONALE CONCERNENTE L' "INNOVAZIONE
TECNOLOGICA E LA CREAZIONE DI NUOVI POSTI DI LAVORO"
DEL 10 / 11 APRILE 1985 A VENEZIA

CONFERENZA INTERNAZIONALE CONCERNENTE L'INNOVAZIONE
TECNOLOGICA E LA CREAZIONE DI NUOVI POSTI DI LAVORO

POSIZIONE DELLA SVIZZERA

Il Governo svizzero approva la possibilità, offerta nel quadro di questa Conferenza Internazionale concernente l'innovazione tecnologica e la creazione di nuovi posti di lavoro, di esprimere il proprio parere su taluni problemi ritenuti particolarmente importanti.

VENEZIA, 10 - 11 APRILE 1985

La Svizzera è un paese piccolo, povero di materie prime e nel contempo densamente popolato. La rapida innovazione tecnologica è sempre stata una delle fonti principali per la capacità di sopravvivenza della sua economia. Questa ha delle estremità molto strette con l'economia mondiale. Non dobbiamo perciò stupirci se essa rivolge di primo acchito un appello in favore di uno scambio internazionale, di beni e di servizi, possibilmente libero. La prosperità al commercio mondiale può essere mantenuta e aumentata a lunga scadenza soltanto a condizione che i mercati rimangano aperti. La pressione esercitata dalla concorrenza del libero mercato è il motore più funzionale e nel contempo il meccanismo di guida più efficace per l'adeguamento dell'economia. L'espansione a livello mondiale registrata dopo la seconda guerra mondiale ne è una evidente testimonianza, la quale non è per nulla diminuita dalle esperienze del decennio successivo al 1973. La recente evoluzione dimostra, proprio nel caso della tecnica, sufficienti esempi per il dinamismo emanante dal potenziale della concorrenza.

POSIZIONE DELLA SVIZZERA

Venezia, 10 aprile 1985

CONFERENZA INTERNAZIONALE CONCERNENTE L' "INNOVAZIONE
TECNOLOGICA E LA CREAZIONE DI NUOVI POSTI DI LAVORO"
DEL 10 / 11 APRILE 1985 A VENEZIA

POSIZIONE DELLA SVIZZERA

Il Governo svizzero approva la possibilità, offerta nel quadro di questa Conferenza internazionale concernente l'innovazione tecnologica e la creazione di nuovi posti di lavoro, di esprimere il proprio parere su taluni problemi ritenuti particolarmente importanti.

La Svizzera è un paese piccolo, povero di materie prime e nel contempo densamente popolato. La rapida innovazione tecnologica è sempre stata una delle fonti principali per la capacità di sopravvivenza della sua economia. Questa ha delle embricature molto strette con l'economia mondiale. Non dobbiamo perciò stupirci se essa rivolge di primo acchito un appello in favore di uno scambio internazionale, di beni e di servizi, possibilmente libero. La prosperità dei paesi partecipanti al commercio mondiale può essere mantenuta e aumentata a lunga scadenza soltanto a condizione che i mercati rimangano aperti. La pressione esercitata dalla concorrenza del libero mercato è il motore più funzionale e nel contempo il meccanismo di guida più efficace per l'adeguamento dell'economia. L'espansione a livello mondiale registrata dopo la seconda guerra mondiale ne è una evidente testimonianza, la quale non è per nulla sminuita dalle esperienze del decennio successivo al 1973. La recente evoluzione dimostra, proprio nel ramo della tecnica, sufficienti esempi per il dinamismo emanante dal potenziale della concorrenza.

Nella tematica di base di questa conferenza viene sollevata la questione dell'effetto del mutamento tecnologico sull'occupazione. Le numerose inchieste effettuate, in parte anche in Svizzera, su questo importante tema, che già è stato discusso intensamente in seno all'OCSE e all'OIL, giungono tutte ad una conclusione fondamentale: mentre l'introduzione di nuovi procedimenti di fabbricazione e di nuovi prodotti e servizi non ha finora mai aumentato costantemente la disoccupazione, i ritardi accumulati nel campo delle innovazioni conducono di certo alla perdita di posti di lavoro. Siffatte lacune strutturali hanno conseguenze particolarmente gravi quando i mercati determinanti funzionano male. In tal caso viene a mancare non soltanto la funzione guida dei prezzi per un impiego economico dei fattori di produzione, ma anche gli incentivi per iniziative imprenditoriali orientate verso il mercato e per la mobilità dei lavoratori. Questo è un importante compito comune dell'economia, della politica economica e dei partner sociali, che sono invitati a creare, nell'ambito della loro politica e dei loro provvedimenti a livello internazionale e nazionale, le premesse per una capacità d'adeguamento promettente e per una disponibilità produttiva degli uomini.

L'evoluzione tecnologica ha inoltre effetti immediati sulla richiesta di lavoratori per quanto attiene alla qualificazione. La tematica di base della conferenza accenna quindi, secondo il nostro parere a giusta ragione, alla grande importanza dello sviluppo e dell'adattamento del capitale umano. L'attuale evoluzione economica e tecnica dimostra una volta ancora in modo chiaro come istruzione scolastica, formazione professionale di base, perfezionamento professionale e riqualificazione professionale devono essere strutturate una sull'altra. Chi ha terminato una scuola o un tirocinio professionale non ha ancora finito d'imparare. La qualità della sua formazione di base è

comunque determinante per le sue possibilità di afferrare le nuove conoscenze e tecniche impostegli dal perfezionamento e dalla rieducazione professionali nel corso della vita.

La Svizzera preferisce una formazione legata all'economia segnatamente a livello di formazione professionale nelle aziende. I giovani con un tirocinio professionale concluso non solo hanno grandi possibilità di lavoro ma sono anche in grado di afferrare rapidamente il progresso tecnico realizzato nella pratica. In Svizzera vengono intrapresi degli sforzi intensi per adeguare ulteriormente al mutamento tecnico ed economico i vantaggi della formazione professionale nell'azienda.

La Svizzera è dell'avviso che proprio nel settore della formazione e del perfezionamento si potrebbe ottenere ancora molto mediante una cooperazione internazionale. Un maggiore riconoscimento dei certificati di capacità professionali a tutti i livelli faciliterebbe non soltanto la mobilità internazionale di lavoratori qualificati, ma andrebbe a profitto del reciproco trasferimento all'estero di "know-how" e "know-why". Una cooperazione internazionale più intensa è opportuna nonostante talune inevitabili differenze dei programmi d'insegnamento. Contrariamente a quanto avviene attualmente, si dovrebbe facilitare la possibilità di studiare all'estero. Programmi comuni per il perfezionamento professionale di docenti universitari, di Istituti tecnici superiori e fors'anche di scuole professionali potrebbero essere vantaggiosi. Grazie ad una cooperazione internazionale si potrebbero dare nuovi impulsi anche al perfezionamento dopo il conseguimento del diploma nel senso d'una formazione altamente specializzata.

Secondo il parere svizzero varrebbe la pena di prestare viepiù attenzione a questa problematica. Sembra pertanto assennato, nell'era della rafforzata internazionalizzazione dell'economia

e della tecnica di elevare la formazione e il perfezionamento a un obiettivo di cooperazione internazionale.

Lo sviluppo tecnico può essere promosso anche in altri campi attraverso la cooperazione internazionale. Nella tematica di base della conferenza ciò è chiaramente riconosciuto. Dall'ottica svizzera emergono, innanzi tutto, due necessità: nel settore della ricerca di base si deve, per quanto possibile, mantenere anche in futuro un libero scambio di informazioni. Gli affermati principi della non discriminazione e della massima agevolazione dovrebbero, se possibile, venir applicati anche allo scambio delle conoscenze fondamentali. D'altronde, nel settore relativo allo sviluppo di procedimenti e di prodotti, una grande importanza va, come sempre, attribuite alla protezione giuridica industriale (patenti, licenze, marche, ecc.), se si vuole evitare una contrazione dell'attività innovativa.

Segnatamente i piccoli paesi con risorse relativamente esigue saranno viepiù costretti a specializzarsi nel settore della ricerca e dello sviluppo qualora intendano fornire prestazioni d'avanguardia. Negli altri settori, la concorrenzialità di questi paesi dipende dal fatto di sapere se sono in grado d'integrare nei loro nuovi prodotti e nei relativi processi di fabbricazione le migliori tecnologie sviluppate all'estero. Da parte svizzera occorre mettere particolarmente in evidenza l'importanza vitale di un libero scambio internazionale di nuove tecnologie sotto forma di mezzi di produzione e di "software", esente da restrizioni di politica esterna.

La Svizzera dedica annualmente circa il 2,5 % del suo prodotto nazionale lordo alla ricerca e allo sviluppo. A livello internazionale essa si situa ai primissimi posti. In Svizzera, tre quarti di queste spese vengono sostenute dall'economia privata,

ma ciò non è ovunque così. La Svizzera guarda, con non poca apprensione, al crescente contributo dello stato al finanziamento della ricerca e dello sviluppo in taluni altri paesi. Più il programma di promovimento è connesso con l'industria e più aumenta la problematica del finanziamento statale della ricerca e dello sviluppo. Attraverso una politica della ricerca e dello sviluppo motivata dalla politica industriale vengono ingenerate delle distorsioni nella concorrenza che non soltanto costringono altri paesi ad una mossa obbligata, ma provocano, a media e lunga scadenza, danni economici in tutti i paesi. Infine occorre rammentare a tale riguardo che le disposizioni e le convenzioni vigenti nell'ambito del GATT e dell'OCSE, che tendono ad arginare siffatte deformazioni della concorrenza, devono essere osservate.

Del resto, la Svizzera è dell'avviso che specialmente nel campo della ricerca di base, si stanno delineando delle favorevoli occasioni per una cooperazione internazionale. Essa ritiene opportuno, a livello governativo, di tracciare un quadro dei progetti e delle necessità attuali e di stabilirne le priorità. Tutti i desideri della scienza per nuove imprese comunitarie potranno difficilmente essere soddisfatti in un prossimo futuro. L'inserimento attivo di speciali istituzioni quale per esempio l'European Science Foundation potrebbe costituire al riguardo un adeguato punto di partenza a livello europeo. In generale occorre rammentare che i programmi internazionali di ricerca devono essere accessibili a tutti gli stati interessati che sono in grado di portare un contributo.

Da parte svizzera si può accennare anche l'utile ruolo svolto dall'OCSE (Comitato della politica scientifica e tecnologica, Comitato dell'educazione, CERI) e dal Consiglio d'Europa (Comitato per la cooperazione culturale e Conferenza regolare sui problemi universitari) nel promovimento dello scambio di idee

e nella collaborazione internazionale in materia di formazione, scienza e tecnica. Queste organizzazioni possono essere consultate, qualora s'intenda sviluppare ulteriormente gli obiettivi discussi in questa conferenza.

Infine, anche da parte svizzera occorre richiamare l'attenzione sulla peculiare importanza che riveste la limitazione dei costi sociali dell'innovazione - ultimo punto della tematica di base di questa conferenza che dev'essere ancora esaminato - . La garanzia sociale del mutamento economico e tecnico è un'idea fondamentale della politica economica e sociale elvetica. Il forte potenziamento attuato recentemente nel campo dell'assicurazione contro la disoccupazione, della politica del mercato del lavoro in generale e della politica regionale ne sono testimoni. Si tratta perciò di infondere quella sicurezza che induce il cittadino ad accettare le trasformazioni strutturali. Tuttavia, in Svizzera viene nel contempo data anche molta importanza al mantenimento dell'incentivo individuale alla produzione.

Un mercato del lavoro effettivamente funzionante, nel quale quindi la domanda e l'offerta reagiscono in modo flessibile ai mutamenti economici, tecnici e demografici, promette, secondo la concezione svizzera, risultati più che mai duraturi e socialmente accettabili.

In Svizzera la struttura del mercato del lavoro è determinata in modo ampiamente autonomo dai partner sociali, vale a dire dai datori di lavoro e dai lavoratori. Essi hanno la facoltà, nell'ambito della comunanza d'interessi sociali che loro stessi hanno sviluppato, di trovare quelle soluzioni che ritengono non solo sostenibili dal profilo economico ma anche auspicabili dal profilo sociale. Proprio il fatto che i sindacati colgono come un'occasione propizia i nuovi sviluppi della tecnica, ci autorizza a sperare che la Svizzera, quale membro della comunità internazionale, sarà in grado di far fronte alle grandi sfide del nostro tempo.